

Die Kirche in den Ländern

Die Gewissensnot der Christen in der Sowjetzone

Über die innenpolitische Entwicklung, den Stand der Auseinandersetzung zwischen Kirche und Regime sowie über die Lage der Christen im kommunistisch regierten Teile Deutschlands hat die Herder-Korrespondenz zuletzt im Juni vergangenen Jahres berichtet (vgl. 12. Jhg., S. 442 ff.). Seitdem haben sich die Spannungen noch verschärft. Wenn auch nicht von einer offenen Kirchen- und Glaubensverfolgung gesprochen werden kann — die Partei vermeidet alles, um den Eindruck einer Verfolgung aufkommen zu lassen —, so zeichnet sich doch trotz mancher taktisch bedingter Rückzüge, die freilich immer nur zeitlich befristet sind, immer eindeutiger der Wille der Machthaber ab, die DDR zum Mustersatelliten Moskaus zu entwickeln, in dem für *alle*, die sich mit dem Programm einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft nicht identifizieren wollen, kein Platz sein darf. Regierung und Partei können ihre Ziele um so ungehemmter und rigoroser anstuern, je deutlicher wird, welche außerordentliche Rolle der DDR sowohl im Rahmen der außenpolitischen Pläne der UdSSR wie auch im System der sowjetischen Satellitenstaaten von Moskau zugedacht ist. Ersteres wird deutlich in der von Chruschtschew verfolgten Deutschland- bzw. Berlinpolitik, letzteres hat sich in den vergangenen zwölf Monaten mehrmals symptomatisch in der vor allen anderen kommunistischen Regierungschefs (mit Ausnahme der rotchinesischen) ausgezeichneten Behandlung der sowjetzonalen Führung durch das Moskauer Protokoll gezeigt: die Zone hat heute für Moskau nicht nur die Bedeutung der vorgeschobenen Position, von der aus weitere Teile Mittel- und Westeuropas nach und nach — jeweils zu gegebener Zeit — auf „friedlichem Wege“ dem östlichen Block einverleibt werden sollen, sondern sie hat auch in der Konzeption Moskaus die Funktion der Klammer, die sich fest und zuverlässig um die Länder des derzeitigen Imperiums legt, für die eine offene Flanke nach dem Westen hin zur Versuchung werden könnte.

So gesehen, ist es für Moskau und Ostberlin fast eine Lebensnotwendigkeit, den „Dorn im eigenen Fleisch“, Berlin, auszuziehen, der DDR endgültig zur Anerkennung ihrer bis jetzt blockgebundenen Souveränität auch international zu verhelfen, ihr also den Status zukommen zu lassen, den andere, weniger gewichtige Satelliten seit 1948, sowohl rechtlich wie praktisch kaum angefochten, besitzen.

Die wirtschaftliche Entwicklung

Da die außenpolitischen Ziele, die Moskau und Pankow mit dem Gebilde der DDR anstuern, sich nicht ohne größere Schwierigkeiten und auch Gefahren verwirklichen lassen, versuchen Regierung und Partei der Zone, ihren Staat innenpolitisch zu einer sozialistischen Musterkolonie zu entwickeln. Die Widerstände, die sie dabei zu überwinden haben, kommen nicht allein von der Bevölkerung, die sich mit der ihr aufgedrungenen politischen und gesellschaftlichen Rolle nicht abfinden will, sondern auch von der lange Zeit trostlosen wirtschaftlichen und mate-

riellen Situation Mitteldeutschlands, die alle Reden vom „Fortschritt“ Lügen strafe. Diese sachlichen Hindernisse hat man in den letzten beiden Jahren offensichtlich mit erheblichem Erfolg abbauen können dank der Wirtschaftshilfen aus der UdSSR. Wenn auch die am 1. Januar 1959 durchgeführte Erhöhung der Löhne und Gehälter von 2,3 Millionen Arbeitern und Angestellten (die durchweg der unteren Kategorie der Lohnempfänger angehören) und die Erhöhung der Renten Anfang Mai dieses Jahres (der unterste Rentensatz beträgt jetzt monatlich 124 DM-Ost) für 3 Millionen Rentner (wodurch seit Aufhebung der Rationierung am 28. 5. 1958 die Kaufkraft der Zonenbevölkerung sich um insgesamt 5,3 Milliarden DM-Ost erhöht haben soll) nicht als eine unmittelbare Auswirkung der sowjetischen Wirtschaftshilfen angesehen werden darf (die nicht nur in der Streichung der 600 Millionen jährlicher Besatzungskosten, sondern auch in der Lieferung von Rohstoffen und industriellen Halbfabrikaten besteht, wodurch die qualifizierte Industriearbeiterschaft der Zone wieder stärker ausgenutzt werden kann), so zeigt doch gerade die Tatsache der Wirtschaftshilfen, welche Bedeutung die Sowjetunion der Stabilisierung der mittel- und ostdeutschen Wirtschaft zumißt. Ohne sie würde die Wirtschaftsplanung des Ostblocks in Frage gestellt sein. (Im Zuge dieser Entwicklung sollen jetzt auch stärker Wohnungen gebaut werden; bisher stand in der Planung der Wohnungsbau an letzter Stelle. In diesem Jahr sollen 70 000 neue Wohnungen gebaut, bis 1965 soll der Jahresatz auf 110 000 Wohnungen gesteigert werden.) Um das ehrgeizige Programm des Siebenjahrplanes, mit dessen Hilfe die Wirtschaft der Bundesrepublik zumindest auf einigen Sektoren eingeholt werden soll, zu verwirklichen, sollen jetzt auch die 8500 politischen Häftlinge in den Betrieben mitarbeiten. (Bisher, seit 1956, waren nur die 22 000 „unpolitischen“ Häftlinge der Zone in den Arbeitsprozeß eingegliedert.)

Von dem jüngsten wirtschaftlichen Aufschwung blieb die private Wirtschaft in der DDR ausgenommen. Der Kampf gegen die Reste der Privatwirtschaft wurde auch im vergangenen Jahr rücksichtslos geführt. Die Zahl der privaten Industriebetriebe, die eine staatliche Beteiligung aufnehmen mußten (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 422), erhöhte sich von 450 (Anfang 1958) auf 2638 (im ersten Frühjahr 1959). Der Anteil der privaten Betriebe an der Industrieproduktion ist von rund 12 Prozent (im Jahre 1957) auf ungefähr 8 Prozent (Ende 1958) zurückgegangen. Er wird Ende 1959 knapp 5 Prozent betragen. Im Einzelhandel haben bereits 14 Prozent aller privaten Einzelhändler und Gaststätteninhaber Kommissionsverträge mit dem staatlichen Großhandel oder mit der HO abgeschlossen, die sie zu Angestellten dieser staatlichen Organisationen machen.

Große Schwierigkeit bereitet indessen die Kollektivierung der Landwirtschaft. Wohl stieg die Zahl der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) von 234 (1956) auf 3121 (1958). Ende März 1959 zählten die LPGs 378 000 Mitglieder. Sie verfügten über 39 Prozent aller Nutzfläche in der DDR. Im Zuge des „Siebenjahrplanes“ für die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft soll der Ausbau der LPGs weiter verstärkt wer-

den, obgleich ein Großteil der Genossenschaften Zuschußbetriebe sind, die den Staat mit 300 Millionen DM-Ost (1958) belasteten. Die Bauern wissen das, sie sehen auch die verkrauteten Felder der Produktiven und weigern sich, zumal da, wo wie in Sachsen die private Landwirtschaft auf einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage steht, in die Genossenschaften einzutreten. Der Schwerpunkt der „sozialistischen Landwirtschaft“ liegt in den Nordprovinzen der Zone. In den mecklenburgischen Bezirken sind über 60 Prozent des Bodens sozialisiert.

Die Abwanderung

Obgleich die wirtschaftliche Lage eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung sich unbestreitbar gebessert hat, hält die Abwanderung, vor allem von Fachkräften, aus der DDR an. Die Flucht aus der Zone ist das sichtbarste Zeichen dafür, daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, und zwar in allen Schichten, mit den Aktionen und Plänen des autoritären Regimes nicht einverstanden ist.

Seit 1947 haben mehr als 3,3 Millionen Menschen die Zone verlassen. (Im ersten Halbjahr 1959 betrug die Zahl der Sowjetzonenflüchtlinge 74377, fast die Hälfte davon waren Jugendliche unter 25 Jahren.) Von 1954 bis 1958 wanderten 2763 Ärzte, 625 Apotheker, 693 Juristen, 12600 Lehrer, 393 Hochschullehrer, 11298 Ingenieure und Techniker und fast 9000 Studenten ab. Besonders schwerwiegend ist dabei die Flucht der Ärzte. Im Januar 1959 flohen weitere 89 Ärzte, im Februar 64, im März 55. Die Abwanderung ist nicht ungefährlich, da jetzt bereits für „mißglückten Fluchtversuch“ Strafen bis zu acht Monaten verhängt werden. Das im Frühjahr 1958 eingeführte Paßgesetz, das freies Reisen zwischen der Zone und der BRD fast ganz unterbindet (alte Leute bleiben ausgenommen), hat sich als zweischneidiges Schwert erwiesen. Nicht nur die dem System ablehnend gegenüberstehende Bevölkerung wehrt sich dagegen, sondern auch eine erhebliche Zahl von Parteifunktionären — nicht allein deshalb, weil es ihnen unmöglich ist, die positiven Seiten des Gesetzes der Bevölkerung verständlich zu machen. Da die Abwanderung gerade der qualifizierten Berufe in steigendem Maße an der Substanz der mitteldeutschen Wirtschaft zehrt und die Wirtschaftspläne gefährdet, hatte sich im vergangenen Herbst die Parteiführung zu einer Lockerung des Reiseverbotes für die Intelligenz bereit erklärt. In der Praxis wurde das Versprechen jedoch oft nicht verwirklicht, weil die mittleren und unteren Ränge des Funktionärskorps, in den Taktiken der Dialektik weniger erfahren als ihre Chefs, der Überzeugung waren, entsprechend den Weisungen des Fünften Parteitages der SED müsse der Übergang zur „kommunistischen Gesellschaft“ in der DDR innerhalb der nächsten drei Jahre abgeschlossen sein.

Die neue mittlere Linie, die die Parteizentrale im Frühjahr 1958 herausgab, wonach man die Intelligenz alter Schule ungestört arbeiten lassen solle, hinderte die Partei jedoch nicht daran, ihre eigenen Reihen von Mitläufern zu säubern. Eine Anzahl von Bezirksvorsitzenden und -sekretären wurde aus der SED ausgeschlossen.

Verschärfte Kulturpolitik

Im Rahmen des allgemeinen Zickzackkurses bedeutet die Rede, die Ministerpräsident Grotewohl am 23. März 1959 vor 600 Wissenschaftlern und Künstlern über die Richtlinien der Kulturpolitik der Partei gehalten hat (vgl.

Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 433), eine erhebliche Verschärfung der Situation. In der Rede werden die Grundzüge der in Vorbereitung befindlichen Hochschulordnung der Zone geschildert, durch die die Partei ihren beherrschenden Einfluß auf die Universitäten institutionalisieren will. Der Entwurf einer neuen Senats- und Fakultätsordnung hätte schon im Herbst 1958 in Kraft treten sollen; da er jedoch von den Universitäten abgelehnt wurde, mußte seine Einführung vertagt werden. In welche Richtung die neue Hochschulordnung geht, wird aus dem Wortlaut der Erklärung deutlich, die an einzelnen Universitäten zu Beginn des Wintersemesters 1958/59 den Neumatrikulierten zur Unterschrift vorgelegt worden ist. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Mein Studium ist eine Auszeichnung durch unseren Arbeiter- und Bauernstaat. Damit übernehme ich die Verpflichtung, jederzeit die Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aktiv zu unterstützen und mir auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus Kenntnisse anzueignen, die ich nach Beendigung meines Studiums unserem Arbeiter- und Bauernstaat für den weiteren sozialistischen Aufbau zur Verfügung stelle. Während meines Studiums werde ich am sozialistischen Aufbau in Industrie und Landwirtschaft tatkräftig mitwirken und bin bereit, zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik beizutragen. Ich werde Verfassung, Gesetze und Anordnungen unseres Staates, das Statut meiner Hochschule und die Studienordnung gewissenhaft einhalten und meine daraus erwachsenden Pflichten treu erfüllen. Ich verpflichte mich, nach dem Studium entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen über den Einsatz der Hochschulabsolventen drei Jahre an der Stelle tätig zu sein, wo mich die Organe unseres Arbeiter- und Bauernstaates gemäß den Erfordernissen aus dem sozialistischen Aufbau einsetzen.“

Den (evangelischen) Theologiestudenten ist ein etwas gemilderter Text vorgelegt worden, der den Unterzeichner nicht ausdrücklich zur Übernahme der atheistischen Weltanschauung verpflichtet. Die Erklärung sei jedoch nicht von allen Studenten unterzeichnet worden, berichtet die „Neue Zürcher Zeitung“ (12. 12. 58). Von 20 Theologiestudenten in Ostberlin unterzeichneten nur drei, zwei fügten hinzu, für sie stellten die Gebote Gottes die höchste Verpflichtung dar. An Universitäten, an denen der christliche Einfluß bis heute relativ stark geblieben ist, hatte die Partei auf diese Aktion von vornherein verzichtet. „Die Staatspartei der DDR möchte die Politik der Treue und Gehorsamerklärungen in aller Stille durchführen. Vorläufig testet sie den Widerstand der christlichen Kreise und macht in einzelnen Fällen taktisch bedingte Konzessionen. Wenn sich Studenten auf das christliche Gewissen berufen und gegenüber allen Lockungen und Drohungen des Regimes standhaft bleiben, werden sie nach einiger Zeit meistens ohne Abgabe der Treue- und Gehorsamerklärung immatrikuliert“ (Neue Zürcher Zeitung, ebd.). Trotzdem muß man damit rechnen, daß derartige Pressionen die unter der akademischen Jugend bereits vorherrschende doppelte Moral weiterhin verstärken. Um in den Genuß der staatlichen Vergünstigungen und in den Besitz von gesicherten wirtschaftlichen Positionen zu gelangen, „macht man rein äußerlich mit“, läßt die Diskussionen über sich ergehen, lernt die Formeln des Diamat auswendig und „spekuliert im übrigen darauf, nach Ab-

schluß der Ausbildung im Westen einen Posten zu bekommen und die Annehmlichkeiten des freien Lebens genießen zu können“ (Neue Zürcher Zeitung, 8. 3. 59). Der Zusammenbruch jeglicher Wertordnungen gerade unter der akademischen Jugend in der DDR scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Zur Schulreform

Grotewohl behandelte in seiner Rede auch die Probleme, die durch den Übergang zur zehnklassigen Grundschule und zum polytechnischen Unterricht für die Schulen der DDR gegeben sind. Am 1. September 1958 wurde der polytechnische Unterricht in den Schulen der Zone eingeführt. Kennzeichen der Schulreform ist der obligatorische „Unterrichtstag in der Produktion“. Alle Jungen und Mädchen von der siebten Klasse an aufwärts müssen an einem Tag der Woche einen staatlichen Betrieb besuchen. Dort bekommen sie von Fachleuten und Technikern Einführungen in den Arbeitsprozeß. Sie lernen auch allein einzelne einfache Arbeiten ausführen. Daß die Partei mit der Einführung der zehnklassigen Grundschule und des polytechnischen Unterrichts mehr bezweckt als nur eine Verkürzung der praktischen Berufsausbildung der Jugendlichen und damit eine Erweiterung und Stärkung der wirtschaftlichen Produktion, hat der Ostberliner Oberbürgermeister, Friedrich Ebert, in einer Rede zur Eröffnung des Schuljahres 1958/59 deutlich gesagt: „Es ist denkbar, daß einige Lehrer der Auffassung sind, die sozialistische Schule sei notwendig, um die Versäumnisse und den Tempoverlust — die besonders in Berlin auf dem Gebiet der Volksbildung eingetreten sind — aufzuholen. Die Versäumnisse sind recht schwerwiegend, sowohl bei der Einführung des polytechnischen Unterrichts wie bei der Entwicklung des Mittelschulniveaus zum allgemeinen Bildungsniveau der Deutschen Demokratischen Republik und seiner Hauptstadt —, aber daraus ergibt sich nicht die Notwendigkeit zur Entwicklung der sozialistischen Schule. Sie ergibt sich daraus, daß der Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit wird... Die durch die unwissenschaftlichen Dogmen der Kirche zum Mystizismus und zum Aberglauben erzogenen Menschen sind erst recht in dieser Zeit, da die sowjetischen Sputniks der Menschheit den Weg in den interplanetarischen Raum geöffnet haben, den Anforderungen nicht gewachsen, die das Leben und der Fortschritt, der Kampf um den Frieden und um die höhere Gesellschaftsordnung des Sozialismus an alle stellen. Darum erziehen wir sie zum Unglauben an die vermeintliche Macht und das Walten überirdischer Geister. Wir erziehen sie zum Glauben an sich selbst, zum Glauben an die Macht der Arbeiterklasse, zum Glauben an die Kraft des werktätigen Volkes... Die junge Generation wird durch unser einheitliches Bildungswesen für die sozialistische Gesellschaft erzogen. Das muß nun endlich einmal für alle Beteiligten klar sein...“

Entsprechend der Bedeutung, die die Kommunisten der „neuen Schule“ bei der Aufzucht des sozialistischen Menschen beimessen, hat das Zentralkomitee der Partei im Januar 1959 beschlossen, die Gehälter der Lehrer an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie ihre Altersversorgung aufzubessern. Den Landlehrern sollen zusätzliche, besondere Vergünstigungen gewährt werden. Der Umbau des Schulwesens soll bis 1964 abgeschlossen sein.

Der Druck auf die Jugend

Die Intensivierung der sozialistischen Erziehungsarbeit hat seit Sommer vergangenen Jahres, als Ulbricht auf dem Fünften Parteitag der SED (10.—16. 7. 58) die „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“, eine blasphemische Verdrehung der Zehn Gebote, verkündete, zumindest zahlenmäßige Erfolge aufzuweisen. An der diesjährigen Jugendweihe sollen 80 % aller Schulentlassenen teilgenommen haben. Danach hätte sich die Zahl der „Jugendgeweihten“ seit 1958 verdoppelt. Wo im einzelnen die Einbrüche besonders stark gewesen sind, kann im Augenblick noch nicht gesagt werden; es scheint indessen sicher zu sein, daß die katholischen Eltern dem Werben und Drohen der Partei nicht in dem gleichen Ausmaß nachgegeben haben wie die nichtkatholischen Eltern. Dennoch sind die veröffentlichten Zahlen schwerwiegend, sie zeigen an, daß das System allmählich zu ernten beginnt, was es gesät hat.

Andererseits ist wiederum bemerkenswert, wie stark die Jugendlichen der Zone immer wieder die Erwartungen der politischen Führung enttäuschen. Die Referate des Sechsten FDJ-Parlaments, das Pfingsten 1959 mit 1800 Delegierten in Rostock tagte, gaben darüber Aufschluß. Nicht nur daß entgegen der Zielsetzung bis heute die Zwei-Millionen-Mitgliederzahl in der FDJ nicht überschritten werden konnte (von etwa 2,23 Millionen Jugendlichen der entsprechenden Altersstufen gehören nach den letzten offiziellen Angaben 1,76 Millionen der FDJ nominell an). Sondern sowohl der Erste Sekretär des Zentralrates der staatlichen Jugendbewegung, Karl Namokel (der inzwischen zurückgetreten ist), als auch der stellvertretende Staatssekretär für das Hochschulwesen, Franz Dahlem, mußten zugeben, daß die Jugend der Zone abseits vom Kommunismus lebt. Wie der Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ (19. 5. 59) schreibt, „erhielt man zum erstenmal von offizieller Seite eine Bestätigung der Tatsache, daß der Bazillus des Reformkommunismus in der Periode zwischen dem 21. Parteitag in Moskau und der ungarischen Revolution große Teile der Jugend angesteckt und daß die regimfeindliche Strömung sich bis in die Spitze der Jugendverbände ausgedehnt hatte. Durch die unaufrichtige Art, in der die Equipe Ulbrichts die Probleme der Entstalinisierung behandelte, brach das Weltbild vieler Jugendlicher zusammen; gerade die bisher aktivsten und treuesten Mitglieder der FDJ flüchteten sich in die bequemen Gefilde des Opportunismus oder verfelen einem zynischen Negativismus.“

Um die Isolierung der FDJ zu durchbrechen und die Bewegung wieder attraktiver zu machen, wurde im neuen Statut der FDJ der Passus gestrichen, daß die Bewegung gegen den „religiösen Aberglauben“ kämpfe. Die FDJ müsse wohl „alles Rückständige und Überlebte“ bekämpfen und „dem Neuen überall zum Siege verhelfen“, sie solle aber auch, obwohl sie sich vom „wissenschaftlichen Sozialismus“ leiten lasse, die religiös gebundenen Jugendlichen als ihre Freunde und Kameraden ansehen. Der sog. „Haßparagraf“, der die FDJ verpflichtet, in der Jugend „leidenschaftlichen Haß und Abscheu gegen alle Militaristen und Kriegstreiber in Westdeutschland“ zu erwecken, steht hingegen auch im neuen Statut.

Die Auseinandersetzung mit der Kirche

Ebenfalls nicht im Zeichen des allgemeinen Zickzackkurses der Gewalthaber steht ihre Politik gegenüber den Kirchen.

Über die zunehmenden Schwierigkeiten, die die Pankower Regierung immer wieder den Amtsträgern der evangelischen Landeskirchen bereitet, haben wir des öfteren berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 170 ff., 464 ff., 561 ff.; ds. Jhg., S. 188, 238, 286, 337, 433, 485). Gegenüber der katholischen Kirche hat sich der Kampf des atheistischen Regimes zweifelsohne verstärkt. So wurden bereits im März 1959 die Pflegesätze, die bis dahin der Staat auch den Waisenkindern in katholischen Heimen zukommen ließ, gestrichen. Man begründete diese Maßnahme damit, die Kinder könnten auch in staatlichen Heimen unterkommen. Den Bischöfen wurde wiederholt die Einreise in ihre Bistumsanteile in der DDR unmöglich gemacht. In der Pfingstnacht wurde ferner der Pfarrer der Pfarrei „Zum Heiligen Kreuze“ in Halle a. S., Friedhelm Wortmann, wegen „illegaler Versammlungstätigkeit“ von der Volkspolizei verhaftet, weil er mit Jugendlichen auf einer Wallfahrt die Heilige Schrift gelesen hatte. Er wurde bald darauf wieder freigelassen. Partei- und Staatsstellen versuchten ferner die Jugendwallfahrten nach Erfurt (10. 5.) und nach Rosenthal bei Kamenz (24. 5.) dadurch zu verhindern, daß sie die Fahrerlaubnis für die gemieteten Autobusse kurzfristig zurückzogen. Am 12. Juni wurden durch ein offizielles Schreiben alle Leiter und Direktoren von Schulen darauf hingewiesen, den sog. „Lange-Erlaß“ strikt durchzuführen. (Wie berichtet [vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 423], schreibt der Erlaß vor, daß die Schulleiter auch über Lehrpersonen, die außerhalb der Unterrichtszeiten unterrichten, die Aufsicht auszuüben haben. Diese Maßnahme richtet sich gegen den Religionsunterricht.)

Im Frühjahr des Jahres sind in der Zone ferner verschiedene Aktionen durchgeführt worden, die beweisen sollen, daß die Katholiken der DDR hinter der Regierung stehen. Am 28. April trafen sich auf Veranlassung der „Nationalen Front“, einer Frontorganisation der SED, in Bautzen 300 Katholiken, alles Laien, die einen „Friedensaufruf“ an die Gläubigen der Zone zu richten hatten. Wie später bekannt wurde, haben diese Katholiken auch kräftig Kritik an den kirchenfeindlichen Maßnahmen von Regierung und Partei geübt. Ein neuer „Mahnruf“ erfolgte dann von 100 Katholiken aus dem Bezirk Frankfurt (Oder), die sich dazu am 22. Juni im früheren Kloster Chorin versammelt hatten, während eine ähnlich geplante Aktion im Raume Erfurt wegen Mangels an Teilnehmern nicht durchgeführt werden konnte.

Der Angriff Grotewohls

Wichtiger als alle diese Schikanen und Einengungen des kirchlichen Lebens ist jedoch die Auseinandersetzung, die sich in den letzten drei Monaten zwischen den Bischöfen und der SED-Regierung abgespielt hat.

Auffallenderweise griff Ministerpräsident Grotewohl in seiner Rede vom 23. 3. — nachdem er sich jahrelang in der Öffentlichkeit über das Thema Kirche und Staat nicht mehr verbreitet hatte — den Bischof von Berlin, Kardinal Döpfner, heftig an. Er sagte u. a.:

„Die Sittlichkeit dient dazu, daß die menschliche Gesellschaft höher steige und sich von der Ausbeutung der Arbeit befreit. Sittlich ist daher, was der Sache des Sozialismus dient. Darin besteht die Grundlage der moralischen Erziehung und Bildung der Jugend. — In allen diesen wichtigen Erziehungsfragen werden durch einige

Kirchenführer Schwierigkeiten konstruiert, die sich nicht nur hemmend auf die fortschrittliche Entwicklung unserer Jugend auswirken können, sondern die vor allem bei großen Teilen der fortschrittlichen christlichen Bevölkerung unserer Republik zu inneren Konflikten führen müssen. Diese Kirchenführer erheben völlig ungerechtfertigt Vorwürfe gegenüber unserem Staat und tun so, als ob die in unserer Verfassung garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit allein für die Kirche gelten würde, als ob die Kirche eine Monopolstellung in unserem Arbeiter- und Bauernstaat einzunehmen berechtigt wäre. Glaubens- und Gewissensfreiheit heißt jedoch, daß jeder Bürger selbst entscheiden kann, in welcher Weise er seine Eheschließung oder Namensgebung eines Kindes begehen will, ob ein Kind an der Jugendweihe, an der Konfirmation oder an beidem teilnimmt. Jede Einschränkung dieser Rechte und jeder Versuch einer Monopolisierung durch die Kirchenführer bedeutet Gesinnungszwang und erzeugt künstliche Spannungen. Wir können solche Versuche, unsere Verfassung zu verstümmeln und die demokratischen Rechte unserer Bürger einzuschränken, nicht dulden. Wer die Stabilisierung alter Rechte von vorgestern fordert, fordert nicht Rechte, sondern Vorrechte für die Kirche.

Wir können die Diffamierung unserer Demokratie durch einige Kirchenführer, die sich schützend hinter Agenten der westlichen Geheimdienste stellen, nicht zulassen. Die Verhaftung solcher Verbrecher an den Interessen des Volkes durch unsere Sicherheitsorgane ist zum Schutz unserer Republik dringend notwendig und gibt niemandem das Recht, unsere sozialistische Ordnung zu verleumden: Wir haben darum auch kein Verständnis für die Reden des katholischen Bischofs Döpfner, der im Zusammenhang mit der Verhaftung von Agenten in Rathenow alle Katholiken aufruft, sich stark zu machen, „wenn es sein muß bis zur Blutvergießung“. Mit derartigen Reden tragen die Kirchenführer nicht zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche bei, wie es von uns angestrebt wird. Wir haben die Einrichtungen der Kirche in keiner Weise angegriffen, noch haben wir deren Gottesdienste behindert: Es handelt sich deshalb bei solchen Reden um einen einseitigen politischen Angriff einiger Kirchenführer, die eine Art Kulturkampf zu inszenieren suchen. Das ist eine böse Absicht, die wir auf das schärfste verurteilen. Wir sind sicher, dabei auch die große Mehrheit der christlichen Bevölkerung auf unserer Seite zu haben.

Die Kirche hat sich schon öfter darüber beschwert, daß sie von mir so wenig Antworten erhält. Hier ist eine Antwort.“

Die Antwort der Bischöfe

Nachdem bereits am 20. April der Landesbischof von Berlin, D. Dibelius, in der Form eines Offenen Briefes auf die Rede Grotewohls geantwortet hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 433), gaben die Bischöfe und Bischöflichen Kommissare in der DDR am Pfingstsonntag folgende gemeinsame Erklärung vor den Gläubigen ab: Am ersten Pfingstfest des Neuen Bundes trat die Kirche in die Welt und begann ihren Weg durch die Geschichte. Aus der kleinen Schar des Obergemaches ist die Weltkirche geworden. An jedem Pfingsttag besinnen wir uns in dankbarer Freude auf den Ursprung unserer heiligen Kirche und schauen auf ihren Weg in der Gegenwart.

Die Besinnung auf die Kirche ist heute von einer ernsten Sorge überschattet. Daß Ideologien, politische Gruppen und auch Organe des Staates die Kirche scharf angreifen und Christen unter Druck setzen, ist uns nicht neu. Doch maßgebende Äußerungen von höchster, verantwortlicher Stelle lassen uns befürchten, daß der Staat die atheistische Weltanschauung zur verpflichtenden Grundlage aller seiner Lebensäußerungen machen will und daß er darum keinen Raum mehr läßt für das Wirken der Kirche und für die Gewissensfreiheit des gläubigen Christen.

So will ich heute mit euch im einzelnen den Bauplan besprechen, den Christus selbst von seiner Kirche entwarf. Dabei wenden wir jeweils einen kurzen Blick auf den Staat und seine Aufgaben, um unsere Mutter Kirche in ihrer Sendung besser zu verstehen und um klar zu erfassen, worum es heute geht. Alle Bischöfe und Ordinarien in den einzelnen kirchlichen Gebieten der Deutschen Demokratischen Republik verkünden heute in gleicher Weise die Botschaft von der Kirche. Der gemeinsamen Sorge entspreche das gemeinsame Wort und die einmütige Tat.

Wir bedenken Satz für Satz das große Sendungswort, das Christus vor seiner Himmelfahrt zu den Aposteln sprach: „Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden. Gehet also hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und lehret sie alles halten, was ich euch geboten habe. Sehet, ich bin bei euch alle Tage bis an das Ende der Welt.“

*„Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden.
Gehet also hin . . .“*

Jesus Christus ist der Herr der ganzen Welt. Damit müssen wir beginnen. Er ist gekommen, ein Reich zu gründen, ein Reich freilich, von dem er sagt: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Er bekennt vor Pilatus, daß er ein König sei, aber er fügt gleich erklärend hinzu: „Ich bin dazu geboren und dazu in die Welt gekommen, daß ich der Wahrheit Zeugnis gebe.“ Nun übertrug Christus den Aposteln seine Sendung und machte sie zu Boten seines Reiches. Die Kirche Christi, die sein Reich auf Erden darstellt, erhält also von ihrem Stifter den Auftrag, die Menschen zu ihrem ewigen Ziel, dem Leben im dreifaltigen Gott, zu führen und ihnen den Weg in ihrem Erdenleben zu zeigen. Uns aber ist es köstliches Geschenk Gottes, in der Kirche Christi das Heil zu finden für Zeit und Ewigkeit.

Wenden wir uns dem Staat zu. Schon als Christus seine Kirche gründete, bestanden politische Staatsgebilde verschiedener Art, und die Glieder der Kirche waren zugleich Bürger eines Staates. Von Anfang an sah man in solch doppelter Bürgerschaft keinen Widerspruch. Auch die Staaten haben ja nach Gottes Willen eine große, wichtige Aufgabe. Sie sollen für das irdische Wohl der Bürger in all seinen vielfältigen Formen sorgen. Die Aufgaben von Kirche und Staat widerstreiten sich nicht, sondern ergänzen sich; denn der Mensch soll auf Erden menschenwürdig leben und zugleich das hohe Ziel seiner ewigen Berufung erreichen. Wenn freilich ein Staat den Gottesglauben ausdrücklich bekämpft und ihn als Feind seiner Aufgabe ansieht, ist kein Platz für die Kirche. Dann ist aber auch ein segensvolles Wirken des Staates unmöglich, wie die Geschichte lehrt; dann untergräbt der Staat sein eigenes Fundament und gefährdet die Freiheit des Menschen.

„Lehret alle Völker“

Das ist grundlegend im Auftrag Christi an seine Apostel. Die Kirche kündigt Christi Botschaft von Gott, dem Schöpfer, von Christus, dem Erlöser, von seinem Reich und der Berufung des Menschen zum ewigen Leben. Die Kirche will die Menschen zu einem Glauben führen, zu dem sie sich frei entscheiden und den sie als untrügliche Überzeugung nach außen bekennen. So bilden die Glieder der Kirche eine Gemeinschaft des gleichen Bekenntnisses. Wir aber danken dem Herrn, daß wir zu dieser Kirche des lebendigen Gottes gehören, „welche die Säule und feste Stütze der Wahrheit ist“.

Untergräbt nun die Kirche durch ihre Lehre das Fundament des staatlichen Lebens? Diese Frage können wir getrost mit „nein“ beantworten. Die Kirche hütet sorgsam bis zur Stunde die Lehre Christi und der Apostel, nach der dem Staat von Gott eine wichtige, wenngleich auf diese Erdenzeit beschränkte Aufgabe gegeben ist. Wer die Lehräußerungen der Päpste in den letzten 100 Jahren redlich würdigt, wird dies anerkennen müssen.

Kann nun der Staat, ähnlich wie die Kirche, eine Weltanschauungs- und Bekenntnisgemeinschaft bilden? Um der menschlichen Ordnung willen muß diese Frage eindeutig verneint werden. Zur Kirche zählen jene, die in freier Entscheidung die Glaubensbotschaft der Kirche annehmen. Staaten aber müssen für das Wohl aller sorgen, die in ihrem Gebiete leben, auch wenn sie weltanschaulich verschiedener Meinung sind. Wenn nun der Staat seinen Bürgern eine verpflichtende Weltanschauung auferlegt, werden die Grundrechte des Menschen angetastet und das friedliche Zusammenleben in der Staatsgemeinschaft wird zerstört.

*„Taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes
und des Heiligen Geistes“*

Auf dem Glauben baut sich die sakramentale Ordnung der Kirche auf. Wer das Wort Gottes annimmt, das die Kirche kündigt, kann die Gnaden Christi empfangen, die uns in den heiligen Zeichen der Sakramente vermittelt werden. Im Meßopfer, in den Sakramenten und den verschiedenen Formen der Liturgie begegnet der einzelne Christus, seinem Erlöser, und wird mit den übrigen Gliedern am Leibe Christi innig verbunden. Voll Freude erlebt ihr selbst an den Sonntagen und den Festen des Kirchenjahres den Überfluß des Hauses Gottes und die Gnadenfülle seines heiligen Altares.

Gerade im Blick auf die Liturgie wird besonders deutlich, daß die Kirche nicht von dieser Welt ist und jene naturgegebene Ordnung bejaht, die den Christen zu ihrem Leben notwendig ist. Wenn aber der Staat seine Bürger zu einem Bekenntnis oder gar zu Bekenntnisfeiern nötigt, die der christlichen Glaubensüberzeugung widersprechen, überschreitet er seine Grenzen. Denn die Glaubens- und Gewissensfreiheit besteht darin, daß jeder nach der Überzeugung seines religiösen Bekenntnisses sein Leben gestalten darf. Jede andere Auslegung der Glaubensfreiheit steht in unversöhnlichem Gegensatz zur christlichen Anschauung und bedroht die friedvolle Ordnung der Volksgemeinschaft.

Aus der Treue zu ihrer Sendung muß deshalb die Kirche die Teilnahme an der Jugendweihe und ähnlichen sozialistischen Feiern für ihre Gläubigen ablehnen, da ein innerer Widerspruch besteht zwischen dem Bekenntnis

zum atheistischen Materialismus und dem Bekenntnis zum lebendigen Gott.

„Lehret sie alles halten, was ich euch geboten habe“

Gründend auf der Lehre Christi und auf der von ihm gewollten heiligen Gemeinschaft, hat die Kirche den Auftrag, das Gesetz Gottes zu verkünden und für die verschiedenen Aufgaben des Lebens auszulegen. In diese Gottesordnung ist das ganze Menschenleben, das Verhalten des Christen in Familie und Beruf, in Staat und Gesellschaft einbezogen, denn Glaube und Leben, christliche Überzeugung und christliche Tat gehören unlösbar zusammen. Da die Kirche nach dem Willen Christi eine feste Verfassung und hierarchische Ordnung besitzt, kann sie feste Rechtsnormen aufstellen, an die alle Glieder der Kirche gebunden sind. Sie kann z. B. festlegen, daß jene, die die Jugendweihe mitmachen oder sie bei ihren Kindern zuließen, erst nach einer entsprechenden Wiedergutmachung die heilige Kommunion empfangen können. Ich bin gewiß, gerade in unserer Zeit wißt ihr, das Gottesvolk der Kirche, den Segen einer klaren, sicheren Lebensordnung zu schätzen und seid dankbar für das Hirtenamt der Kirche.

Die Kirche bleibt auch in diesem ihrem Hirtenamt, gemäß dem Auftrag ihres Stifters, innerhalb der Grenzen ihrer Sendung. Die echten Aufgaben des staatlichen Bereiches werden also durch die Kirche nicht behindert. Im Gegenteil, das gesunde staatliche Leben wird durch die Kirche gefördert, da sie die Grundlagen der sozialen Ordnung schützt. Gerade in schwierigen Umständen und in einer spannungsreichen Umwelt wird die Kirche darauf besonders achten. Wer das Verhalten der Kirche hierzulande genau beobachtet und sachlich prüft, wird zugeben müssen, daß die Kirche wahrhaftig keine „künstlichen Spannungen“ hervorruft, sondern in einem behutsamen Abwägen alles tut, um die Lage der Gläubigen nicht zu erschweren und die Spannungen zwischen Kirche und Staat nicht zu vermehren. Doch dagegen muß sich die Kirche verwahren, daß ein Staat ihr Recht antastet, die Gläubigen im Gewissen zu binden und eine kirchliche Rechtsordnung zu schaffen. Hier überschreitet der Staat seine Grenze, verstößt gegen die Grundsätze eines Rechts-

staates, zumal wenn Sinn und Wort laut der Verfassung ein solches Recht der Kirche eindeutig verbürgen. Nicht nur der einzelne Christ, auch die Kirche als Rechtsgemeinschaft muß im Staat Raum haben.

„Denn sehet, ich bin bei euch alle Tage, bis an das Ende der Welt“

Mit diesem tröstlichen Wort des Herrn wollen wir unsere ernste Überlegung abschließen. Es ist, als wolle der Herr die Vorsteher und das heilige Volk seiner Kirche auf kommende Heimsuchungen vorbereiten mit seinem Versprechen: „Seht, ich bin bei euch alle Tage bis an das Ende der Welt.“

Halten wir uns in lebendigem Glauben an diese Verheißung Christi. Die Kirche ist unüberwindlich; sie wird alle Angriffe und Bedrängnisse in der Kraft des Heiligen Geistes bestehen. Schauen wir voll Vertrauen auf den Herrn, der in der Geheimen Offenbarung zu uns spricht: „Ich komme bald, und mit mir kommt mein Lohn, einem jeden zu vergelten nach seinen Werken.“ Das Trostbuch der Kirche fährt dann fort: „Der Geist und die Braut, sie sprechen: ‚Komm!‘“ Die bräutliche Kirche und in ihr wir alle schauen in der Erleuchtung und Liebe des Heiligen Geistes sehnsüchtig aus nach unserem Herrn.

Doch die Erwartung Christi bedeutet für uns nicht Flucht aus der gegenwärtigen Welt, sondern sie stärkt unsere Treue für die Tage, in denen wir leben. Wir stehen unverbrüchlich zu Gott und seiner Kirche, doch wir tun unser Werk inmitten unserer Brüder. Wir verraten um keinen Preis der Welt unseren Glauben und unser Gewissen, aber wir erfüllen treu unsere Pflicht hier auf Erden und leisten so einen guten Beitrag zu jenem wahren Frieden der Welt, der in Gottes Ordnung gründet.

Man mag die Kirche und ihre Glieder bedrängen und unterdrücken, unsere Antwort wird liebendes Gebet sein gemäß der Mahnung des Apostels: „Es sollen Gebete, Fürbitten und Danksagungen für alle Menschen verrichtet werden, für Könige und alle, die in verantwortlichen Stellungen sind, damit wir ein stilles, ruhiges Leben führen mögen in frommem Geist und edler Zucht, wie es gut und wohlgefällig ist vor Gott, unserem Retter.“

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Spanische Wirtschaft im Kreuzfeuer

Die katholische Wochenzeitung „Echo der Zeit“ (Recklinghausen) ragt in jüngster Zeit mit ihrer profilierten Iberien-Berichterstattung aus der deutschen Presse heraus. In der Nummer 11 vom 15. März 1959 erschien dort ein Korrespondentenbericht unter dem Titel „In der spanischen Wirtschaft steckt der Wurm“; er rechtfertigt eine ausführliche Wiedergabe, weil die Probleme der spanischen Wirtschaftsordnung noch an keiner Stelle mit solcher Schärfe und Eindeutigkeit ausgesprochen worden sind.

„Die Statistik kann mit schönen Zahlen aufwarten, um die Erfolge der spanischen Industrialisierung aufzuzeigen. Setzt man den Durchschnitt der Jahre 1929—1931 gleich

100, so lag die Industrieproduktion 1957 bei 265. Verschwiegen wird meistens, daß es sich überwiegend um die Schwerindustrie handelt, während die Leicht- und Konsumgüterindustrie wesentlich ungünstiger steht. Vollends katastrophal ist die Lage in der Landwirtschaft. Die Produktion liegt nur knapp über der von 1929, die Produktion pro Kopf der Bevölkerung sogar beträchtlich darunter. Hand in Hand mit der Landflucht wächst das Latifundienwesen, weil der Großgrundbesitz mühelos die verschuldeten Gütchen schluckt.

Und um welchen inflationären Preis wurde die Industrialisierung durchgezogen! Der Geldumlauf betrug vor dem Bürgerkrieg 4,8 Milliarden Peseten, 1950: 30 Milliarden, 1957: 65 Milliarden. Die Lebenshaltungskosten sind seit der letzten Lohnfestsetzung im Herbst 1956 um 35 %